

Schiltach 1918–1933: „Gleichgültigkeit bis hin zur Ablehnung“? – Entgegnung und Ergänzung

Hans Harter

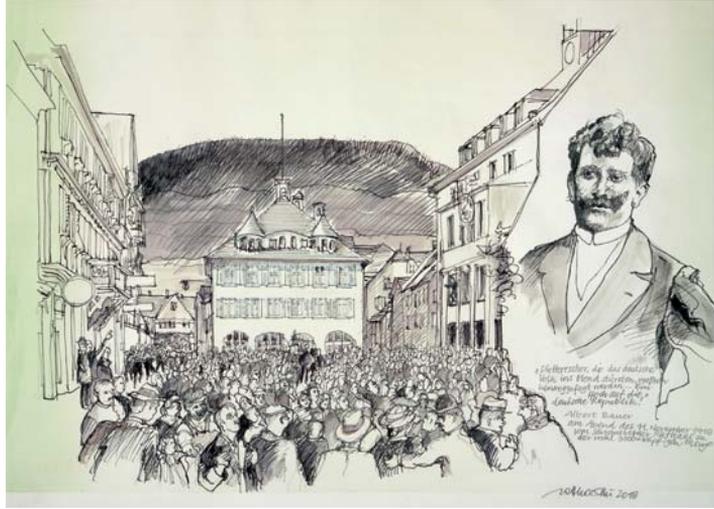
Obwohl Andreas Morgenstern erstmals das Thema „Kriegsende und Neubeginn“ 1918/19 in Schiltach behandelt,¹ mit neuen Quellen zur Existenz eines „Arbeiter- und Volksrats“,² soll die Darstellung hier hinterfragt werden. Sie, die sich als „beispielhafter Blick“ in die badische „Provinz“ versteht, wartet nicht nur mit überraschenden Thesen zur Kriegswahrnehmung³ und zur Tätigkeit des „Volksrats“ auf, sondern zieht auch eine „Bilanz“, die äußerst pessimistisch erscheint: Dass in dem 2000-Einwohner-Städtchen „die Fundamente der Demokratie sich [...] brüchig gestalteten“; dass „die Zahl ihrer aktiven Unterstützer hier wie anderswo gering (war)“; dass „Gleichgültigkeit bis hin zur Ablehnung bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung gedeihen (konnte)“.⁴ Diese Aussagen erinnern an den Slogan der „Republik ohne Republikaner“, wofür Schiltach nun offenbar ein „Beispiel“ sein soll.

Zur Entstehung und Formierung des „Volksrats Schiltach“

Nicht genau bekannt ist die Entstehung des Schiltacher „Arbeiter- und Soldatenrats“, der Anfang Dezember 1918 erscheint.⁵ Da von hier Nachrichten über Demonstrationen oder Streiks fehlen, dürfte er aus dem SPD-Ortsverein heraus gebildet worden sein,⁶ womöglich beeinflusst durch die benachbarte Industriestadt Schramberg, wo am 11.11. eine Kundgebung mit 3000 Teilnehmern stattfand und am 16.11. ein „Arbeiterrat“ gewählt wurde.⁷ Nicht nur, dass viele Schiltacher dort ihr Brot verdienten, es gab auch politische Verbindungen, nachdem die Schiltacher SPD-Ortsgruppe 1897 von Schramberg aus gegründet worden war.⁸

Der „Volksrat“ oder „Arbeiter- und Volksrat“⁹ wandte sich alsbald mit Schreiben an die Gemeindeverwaltung. Ein erstes stammt vom 16.12.1918, als Vorstand Sauerbrunn und Schriftführer Thron um „Überweisung von Holz zur Heizung unseres Geschäftszimmers“ baten.¹⁰ Weiter teilten sie mit, dass als „Vertreter des Volksrats“ im Gemeinderat „aus unserer Mitte Wilhelm Probst ausersehen wurde“. Dazu zitierten sie das „Mitteilungsblatt Nr. 2 der Landeszentrale in Karlsruhe“, dass „bei einer Gemeinderatssitzung stets ein Vertreter als beratende

Abb. 1: Die Ausrufung der Republik am 11. November 1918 in Schramberg. Zeichnung von Uwe Rettkowski (2018). – StA Schramberg



Stimme vom Volksrat zugegen sein (muß).¹¹ Die von Morgenstern nicht erwähnte Berufung auf die „Landeszentrale der badischen Arbeiter-, Bauern- und Volksräte“¹² zeigt, dass die Schiltacher ihre Legitimation von dieser Vertretung aller badischen Räte herleiteten und anhand ihrer „Richtlinien“ agierten. Diese wurden von einem Ausschuss in Verbindung mit der Provisorischen Regierung erlassen, sodass man auch hier an diese Organe angebunden war. Von SPD-Reformpolitikern getragen, verfolgten sie jedoch keine revolutionäre, sondern eine „Strategie des klassen- und parteiübergreifenden Kompromisses“.¹³ So wird auch Abraham Aberle instruiert worden sein, als er in Freiburg an einer „Versammlung der A. und S. Räte“ teilnahm.¹⁴ Dort hieß es, dass „ein Hand in Handgehen der Arbeiter- und Soldatenräte mit den Behörden dringend notwendig sei“.¹⁵

Am 25.2.1919 informierte der „Arbeiter und Volksrat“, dass der Metallarbeiter Christian Wolber „als 2. Beisitzer in den Gemeinderat bestimmt wurde“, mit der „Bitte“, beiden „jederzeit Einsicht in die Geschäfte des Kommunalverbands zu gewähren“. Dass die Räte hier „unterwürfig“ auftraten,¹⁶ ist nicht zu erkennen, wohl aber eine Haltung, die gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat auf die ihnen zugewachsenen Rechte pochte. Weiter gingen sie jedoch nicht: Sie schickten „Beisitzer“, keine „Gemeinderäte“; sie beanspruchten „jederzeitige Einsicht“ in die Verwaltung, wollten diese aber nicht lenken, wozu sie – von ihren Werkbänken kommend¹⁷ – wohl auch weder willens noch in der Lage waren.¹⁸



Zur Tätigkeit des „Volksrats“

Am 26.12.1918 teilte der „Volks-Rat“ dem Bürgermeister mit, „daß künftighin kein Zwang mehr ausgeübt werden darf wegen Bezug von Dürrgemüse“. Man hatte sich also die Kontrolle der Lebensmittel vorgenommen, als eine der praktischen Herausforderungen, die gerade im Lokalen enorm waren. Hier handelte der Volksrat selbständig, übrigens zur Zufriedenheit des Bürgermeisters, der „sehr gut!“ vermerkte. Für „Milchkontrolle u. Fahnderdienst“ erhielt ein Rat am Tag 16 Mark, für „Nachtpatrouillen“ 10 Mark, auch gab es Sitzungsgelder.¹⁹ Vier Räte saßen im Erwerbslosenausschuss, zwei waren „Beisitzer“ im Gemeinderat, andere sorgten als „Volkswehr“ für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“.²⁰

Zugleich wird man auch hier von der allgemeinen Kriegerschöpfung ausgehen müssen: Dass das „Leben je länger je mehr zum schieren Überleben (wurde)“, dass „Einem alles ganz verleidet“ war.²¹ Dies auch angesichts der Seuchen, die im letzten Quartal 1918 hier zehn Leben kosteten: durch Diphtherie, Typhus und Influenza.²² Außerdem waren die jüngeren Männer noch nicht demobilisiert oder aus der Gefangenschaft zurück. So erscheint verständlich, wenn die Menschen sich an die lokalen Autoritäten hielten, wobei mit Buchbindermeister Ludwig Wolpert ein allseits respektierter Bürgermeister amtierte (1911–1929).²³ Zugleich erscheinen Selbstverständnis und Tätigkeit des Volksrats als sozialpolitisch, womit sie sich in den „Rätealltag“ einfügen, wie er sich für Baden herausgestellt hat: „Nicht

Abb. 2: Schiltach (um 1895). Das „Geschäftszimmer“ des Volksrats war in der Bachstraße 19, Rathaus und Altstadt liegen rechts hinten, jenseits der Schiltach. – Sammlg. Harter



Abb. 3: Anzeige der
Firma J.C. Wolber,
in: DK 23.8.1919. –
StA Wolfach

vorstellt.²⁷ Unverständnis herrscht auch gegenüber dem „Erwerbslosenausschuss“ aus je vier Arbeitern und Firmenvertretern sowie dem Bürgermeister mit der ausschlaggebenden Stimme: „Mitten in der Revolution“ gingen Arbeiter in ein Gremium, in dem „die Bürgerlichen [...] die Mehrheit besaßen“, und halfen, dass „den bisherigen Eliten große Entscheidungsgewalt“ blieb. Ebenso wird der „Erhalt vorrevolutionärer Strukturen“ auf „ökonomischer Ebene“ beklagt: Einige „Händler“ verkauften Armeegüter und machten „durch günstige Ankaufspreise“ ein „einträgliches Geschäft“, wovon „allein“ sie, „nicht aber die produzierenden Arbeiter und Angestellten (profitierten)“.²⁸ Hier wird der Sozialisierung dieser „Profite“ das Wort geredet – mit welcher Legitimation, wird jedoch nicht gesagt. Auch nicht, wie dabei, wenn nicht mit „revolutionärer Gewalt“, gegenüber der „reellen Kaufmannschaft“ zu verfahren war, die sich ihrerseits auf „persönliche Freiheit und Freiheit ihres Standes [...] im freien Deutschen Volksstaat“ berief.²⁹

Diese Argumente folgen einer Revolutionsidee, die auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse verändern will, hier „grundlegende Erneuerung“ genannt. Die „entschiedene Fortführung der Revolution“ hätte eben doch „tiefere Eingriffe in die Vermögensverhältnisse“ bedeutet, weil sie „die alten Eliten“ daran gehindert hätte, „ihren Vorsprung in Vermögen und Einfluss“ einzusetzen, „um an den Schalthebeln der Macht zu

die Diktatur des Proletariats, sondern die politische und soziale Stabilisierung der entstehenden Republik war das gemeinsame Ziel der Rätebewegung im Spätherbst 1918.“²⁴

Fehlende „revolutionäre Stimmung“?

Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse vermisst Morgenstern im Schiltacher Volksrat „eine revolutionäre Stimmung“.²⁵ Falls es „die Euphorie des Neubeginns gegeben haben sollte“, sei sie „rasch“ einer „Ernüchterung“ gewichen,²⁶ wobei weder das eine noch das andere belegt ist. Fast abschätzig kommt der Vorstand des Volksrats weg, der „Familienvater Heinrich Georg Sauerbrunn, ein Weber und Werkmeister – nicht gerade das, was man sich gemeinhin unter einem Revoluzzer aus der Arbeiterschaft



Abb. 4: Die 1893 erbaute Schiltacher Volksschule wurde 1914 Lazarett. Besuch von Großherzogin Hilda am 6.8.1915. – Sammlg. Harter

verbleiben“. Instrumente „weitergehender Revolutionsschritte“ wären die „aus dem Boden sprießenden Volksräte“ gewesen, denen jedoch nicht „an dauerhafter politischer Macht“ lag: „Kurzfristiges Handeln prägte anstelle langfristiger revolutionärer Planungen ihr Wirken“.³⁰

Hier erscheint die These der „steckengebliebenen Revolution“, die für die Republik zu viele verpasste Chancen sieht: Die fehlende Sozialisierung von Schwerindustrie und Banken, die nicht erfolgte „Säuberung“ von Militär, Justiz und Verwaltung. Dies hätte zu ihrem frühen Ende beigetragen, sodass mit Kritik an den damaligen Akteuren und ihrem mangelnden „Revoluzzertum“ nicht gespart wird.³¹ Auf das „Beispiel Schiltach“ bezogen: Mit Familienvätern und kleinbürgerlichen Werkmeistern, die mit den alten Eliten paktierten, war kein neuer Staat, geschweige denn eine soziale Revolution zu machen: „Eine grundlegende Erneuerung (war) nicht gefragt“, „der Schwarzwald“ kein „Gestaltungsort der Revolution aus sich selbst heraus“.³²

Die Frage ist nur, ob den Räten hier nicht etwas abverlangt wird, was sie weder wollten noch konnten, da sie in Theorie und Praxis reformerisch ausgerichtet waren. Auch muss man in ihrer Situation das „Klein-Klein“, „das kurzfristige Handeln“, die „Lösung drängender Probleme“ ernst nehmen, ohne – fast vorwurfsvoll – festzustellen, dass „die Menschen in der ‚Provinz‘“ für „eine entschiedene Fortführung der Revolution nicht zu begeistern (waren)“.³³ Weshalb hätten sie dies wollen sollen? Auch hier gab es bis 1914 Errungenschaften: neue Volksschule, Elektrizität, Krankenhaus, Wasserleitung, katholische Kirche, Bahnanschlüsse, Arbeitsplätze in der Industrie.³⁴ Wenn im liberal geprägten Baden, von Mannheim abgesehen,

die Revolution „undramatisch“ ablief, so deshalb, weil „die realen Bedingungen und Sorgen“ andere waren und „die Notwendigkeit eines radikalen Wechsels weniger als in anderen Regionen oder auf Reichsebene bestand“.³⁵ „Revolutionäre Eingriffe“ wären außerdem als Unrecht empfunden worden und hätten im bürgerlichen Lager nur zu Protest und Ablehnung geführt. Wo der „Volksrat Schiltach“ energisch auftrat, war in sozialen Belangen, so für jene Mitbürger, die in Wittichen in die Heidelbeeren gingen, was dort als „freches Vorgehen fremder Eindringlinge“ bekämpft wurde: Sie seien doch auch „mehr arme Arbeiter- und Tagelöhnerfamilien als reiche Patrizier“, die die Früchte des Waldes als Nahrung benötigten.³⁶

Die „Hausacher Konferenz“ und das „Element der Kontinuität“

Die „sozialdemokratische Revolution“, die kein Räte-system, sondern eine parlamentarische Demokratie anstrebte, in Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen,³⁷ fand ihre regionale Entsprechung bei der sog. Hausacher Konferenz am 25.11.1918. Aus dem Amt Wolfach kamen hier Persönlichkeiten zusammen, wohl auch Bürgermeister Wolpert. Amtsrichter Straub informierte über die politischen Leitlinien der „A.- und S.-Räte“, dabei betonend, dass „die Mehrheit des Volkes, namentlich im Süden des Reichs, keineswegs geneigt sei, anstelle der alten Militärdiktatur eine solche von seiten der äußersten Linken einzutauschen“. Eine „EntschlieÙung“ hielt fest, dass sich die Versammlung „geschlossen hinter die neue badische Regierung (stellt), deren bisherige Maßnahmen (billigt) und dringend (bittet), dafür besorgt zu sein, daß die auf den 5. Januar angesetzten Wahlen zur Badischen Nationalversammlung unter allen Umständen stattfinden“.³⁸ Dies bedeutete die Unterstützung der Regierung durch die bürgerlichen Kräfte und Amtsträger, bei Anerkennung des staatspolitischen Umsturzes vom November 1918. Die Abkehr von der „Militärdiktatur“ war zugleich die Absage an eine monarchische Konterrevolution, während auf der anderen Seite ein Räte-system analog dem der Bolschewiki verurteilt wurde. Weshalb hier „die praktische Gleichsetzung der neuen mit der alten Regierung auffällt“,³⁹ ist unklar. Dagegen trafen sich die Ziele der Räte mit denen der bisherigen lokalen Honoratioren, so dass Chancen für ein Zusammenspiel bestanden.

Dieses ist bei den Gemeindewahlen im Juni 1919 zu beobachten, die auch hier – entsprechend dem neuen Wahlgesetz – als „Kompromiss“ gestaltet werden sollten: „Vertrauensmänn-



Abb. 6: Fabrikant Fritz Karlin (1885–1941). Gemälde von Werner Leonhard (1932). – P. Brand

Der „Deutsche Demokratische Verein Schiltach-Lehengericht“

Für die Beteiligung des Volks setzten sich auch hier politische Parteien ein. Als erste lud der „Deutsche Demokratische Verein Schiltach-Lehengericht“ zum 29.12.1918 „alle Freunde (Männer und Frauen) eines freien geordneten Volksstaates“ zu Versammlungen.⁴⁷ Dies war eine Ortsgruppe der von linksliberalen Persönlichkeiten in Berlin gegründeten „Deutschen Demokratische Partei“ (DDP), die sich uneingeschränkt hinter die Republik stellte. Sie fasste hier sehr schnell Fuß, offenkundig durch Fabrikant Fritz Karlin (1885–1941), der auch ihr Vorsitzender wurde.⁴⁸ Ihren ersten Erfolg fuhr sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Baden am 5.1.1919 ein: In Schiltach mit 400 von 821 Stimmen (künftig: St.) [48,8%], in Lehengericht mit 203 von 313 St. [64,8%] jeweils auch stärkste Partei.⁴⁹ Dies überrascht nicht, da Karlin im Wahlkreis II für die DDP kandidierte,⁵⁰ freilich ohne ein Mandat zu gewinnen. Hier ist die These zu relativieren, dass „im Kampf um den besten Listenplatz die Menschen vom Land im Nachteil (waren)“, was „zur bald einsetzenden Gleichgültigkeit gegenüber Parlamentarismus und Demokratie“ beigetragen hätte.⁵¹ Karlin stand auf der DDP-Wahlliste auf dem 17. von 30 Plätzen, seine Nichtwahl hatte mit dem Vorsprung von SPD und Zentrum zu tun, nicht mit der „Unterrepräsentation“ von „Kinzigtal und Schwarzwald“.⁵²

Vor den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19.1.1919 entfaltete die DDP eine weitere Versammlungstätigkeit.⁵³ Wieder erreichte die Partei ein gutes Ergebnis: In Schiltach bei 966 Wählern 360 St. [37,2%]. Auf die 1084 Berechtigten umgerechnet, war dies ein Drittel der Bürger. Als „vaterländisch“ wurde zum 9.3.1919 die Versammlung über „Die Not unseres Vaterlandes“ angekündigt. Es wird von „einem besonders starken Besuch“ berichtet und davon, „daß der D. D. Verein etwa 40 neue Mitglieder in seine Liste eintragen konnte“.⁵⁴ Dies ließ die Mitgliederzahl weiter ansteigen, am 1.1.1920 waren es 204. Sie verringerten sich bis 1924 auf 162: 112 aus Schiltach, 2 aus Schenkzell und 48 aus Lehengericht: Wirte, Handwerker, Fabrikanten, Unternehmer, Geschäftsinhaber, Angestellte, Werkmeister, Beamte der Post, Polizei und Gemeinde, ein Lehrer, ein Arzt, der Stadtpfarrer sowie Bürgermeister Wolpert. Dies waren nicht nur fast 20% der Schiltacher Wahlberechtigten (1919: 1084), sondern auch ein Großteil des selbstständigen Mittelstands mit Ansehen und Einfluss.

So besaß die DDP eine stabile Basis an Mitgliedern und Wählern, die ihr, nach der SPD, bis 1929 den zweiten Platz sicherte. Bei diesem Ortsverein kann zumindest in dem Zeitraum nicht von einer „geringen Zahl der Unterstützer“ der Republik oder von „Gleichgültigkeit“ gesprochen werden. Zugleich trat hier ein Mann auf, dem die DDP besonders am Herzen lag: Gerbereiteilhaber Gottlieb Trautwein (1892–1953). Er folgte Fritz Karlin 1927 im Vorsitz des Ortsvereins, von ihm gebeten als einer, „der sich nachhaltig für die demokratische Sache interessiert und geeignet ist, diese Sache zu vertreten und für sie zu werben“.⁵⁵

Die SPD in Schiltach

Ende 1918 lud auch die Sozialdemokratische Partei „alle Wähler und Wählerinnen“ zu einer Versammlung ein, zur „Lage im Reich und die Nationalwahlen“.⁵⁶ Bei dieser Wahl zur Badischen Nationalversammlung erhielt sie 309 St. [37,6%] und wurde zweitstärkste Partei. Eine weitere „Volksversammlung“ ging zum Thema „Weltkrieg, Revolution und die deutschen Nationalwahlen“.⁵⁷ Jetzt, am 19.1.1919, erreichte sie 411 St. [42,5%], womit von den 1084 Wahlberechtigten 40% SPD-orientiert waren. Bei der Reichstagswahl am 6.6.1920 erfolgte auf Grund der Spaltung der Partei jedoch ein Einbruch: SPD 201 St. [19,3%], dagegen USPD 250 St. [24%]. Letztere fanden erst 1924 zurück, bei den Dezemberwahlen und nach der Vereinigung der USPD mit der SPD, womit diese mit 341 St. wieder stärkste Partei wurde. Nur ein kleiner Teil, 39 Wähler, wandte sich – wohl dauerhaft – der KPD zu. Hintergrund war die wirtschaftliche Konsolidierung, deren äußeres Zeichen



Abb. 7: Schiltacher Arbeiter im Junghans-Werk Lehengericht (um 1925). – Sammlg. Harter



Abb. 8: Aufruf der DDP zur Volksabstimmung am 13.4.1919, in: DK 12.4.1919. – StA Wolfach

das große Gewerbefest von 1925 war.⁵⁸ Danach erfuhr die Partei einen weiteren Aufwärtstrend: 355 St. bei der Reichstagswahl 1928; 374 St. bei der von 1930 [29% der 1302 Wahlberechtigten].

Damals politischer Hauptfaktor in Schiltach, war die SPD in der Lage, 1926 eine Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ zu begründen, wobei ihr Mitglied Fritz Höhn die treibende Kraft war. Diese Gruppierung hatte im März 1933 noch 73 Mitglieder, von denen 59 der SPD, 8 der DDP und 6 dem zentrumsnahen „Gesellenverein“ angehörten, was ihrer überparteilichen Ausrichtung entspricht. Ihre Zielsetzung, sich kämpferisch für die Republik einzusetzen und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen, erfüllte sie mit regem Vereinsleben, Veranstaltungen und Auftritten, aber auch Training (für Saalschutz) und politischer Bildung – sollten die Reichsbannerleute sich doch „für die hehre Sache des Reichsbanners einsetzen“ und „Republikaner des Herzens“ sein.⁵⁹ In dem 1933 geretteten Protokollbuch der Ortsgruppe liest man Appelle wie „Steht treu auf eurem Posten und kämpft für die Republik“⁶⁰ – sie belegen durchaus „aktive Unterstützer“ mit treuer demokratischer Haltung.

Fazit: Schiltach und die Weimarer Demokratie

Will man das Städtchen Schiltach als „Beispiel“ für den „Neubeginn“ 1918/19 im „ländlichen Raum“ zitieren, so weist es durchaus Besonderheiten auf. Zwar vermag es Ansprüche für ein „revolutionäres Geschehen“ im Sinne einer „grundlegenden Erneuerung“ nicht zu erfüllen: Woher hätten hier, im kleinstädtischen Milieu, bei der sozialen Erschöpfung nach vier Kriegsjahren sowie angesichts des militärischen und politischen Zusammenbruchs, radikale revolutionäre Impulse denn auch kommen sollen? Immerhin erfolgte die Bildung eines „Arbeiter- und Soldatenrats“, und zwar aus der SPD-Ortsgruppe, die sich damit in die politische Entwicklung stellte. Der Rat agierte aber nicht autonom, sondern hing „am Tropf“ der Landeszentrale der badischen Arbeiter-, Bauern- und Volksräte, die darauf bedacht war, dass die Räte im Rahmen der „sozialdemokratischen Revolution“ blieben. Doch entwickelte auch der Volksrat Schiltach einen für die lokalen Autoritäten ungewohnten Beteiligungsanspruch, der nicht als „verwaltungsrechtliche Vorgabe“ abgetan werden kann.⁶¹ Die Felder, die er beackerte, waren die akuten Notlagen: Lebensmittelversorgung und Arbeitsbeschaffung. Hier leistete er bei schwierigsten Umständen eine anerkannte sozialpolitische Tätigkeit,

das von Morgenstern kritisierte „Klein-Klein“,⁶² das man aber an der Not, nicht an revolutionstheoretischen Zielen bemessen sollte.

Auch das mangelhafte Votum „für die freiheitliche Verfassung“, behauptet aufgrund des Ergebnisses der Abstimmung vom 13.4.1919 „über die [badi-sche] Verfassung und die Anerkennung der Nationalversammlung als Landtag“, kann anders gesehen werden: Von 898 Berechtigten stimmten hier 475 ab [52,8%] – entschieden mehr als im Amtsbezirk Wolfach [34,7%] und im Land Baden [35%], bei wenigen Nein-Stimmen beide Fragen bejahend. Dass hier „schon die Hälfte der Wahlberechtigten daheim (blieb)“, ist ungenau, auch kann man ihr Fehlen nicht einfach so auslegen, dass sie „nicht für die freiheitliche Verfassung votierten“ und sich „eine unübersehbare Trägheit“⁶³ zeigte. Da war die Tageszeitung nachsichtiger: Das Wetter war „schlecht“, und „die Vorlagen waren von allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen [USPD] einstimmig genehmigt und zur Annahme empfohlen, sodass eine Opposition fehlte und mancher, in der Gewißheit, daß die zwei Gesetze ja doch mit großer Mehrheit ihre Annahme finden würden, sich den weiten Weg zur Urne sparte“⁶⁴ – für die Demokratie typische Beteiligungsprobleme, zumal kurz nach zwei anderen, sehr gut frequentierten Wahlgängen [92,3% und 89%]. Die hiesigen absoluten Mehrheiten vom 13.4.1919, sowohl bei der Beteiligung als auch der Zustimmung, waren durchaus ein Votum für die Demokratie und Umwandlung der Monarchie in die „Badische Republik“.

Die Ortsvereine von SPD und DDP, dazu solche von DNVP, DVP, Zentrum und KPD, bilden in Schiltach ein lebendiges parteipolitisches Leben ab. Da Mitgliedszahlen nur bei der DDP bekannt sind, spiegeln vor allem Wahlergebnisse ihre Wirksamkeit. Sie sind für die SPD und DDP, die republiktreu agierten, bis 1930 nicht ungünstig: Zusammen erreichten sie im Durchschnitt 55%. Dazu trug das Zentrum, bei den wenigen Katholiken im protestantischen Ort, stabile 5% bei. Statt „brüchiger“ gab es recht solide „Fundamente der Demokratie“, umso mehr, als eine überparteilich-kämpferische Ortsgruppe des Reichsbanners bestand – für eine Kleinstadt



Abb. 9: Erstes Auftreten der NSDAP („Deutsche Partei“) in Schiltach, in: DK 8.4.1924. – STA Wolfach



Abb. 10: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortgruppe Schiltach, beim Verfassungstag am 11. August 1930 (oder 1931). – Sammlg. Harter/StA Schiltach

oder die „badische Provinz“ eine herausragende Besonderheit.⁶⁵

Ob der Einbruch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924, bei denen der „Völkisch-Soziale Block“ in Schiltach 138 St. [15,4%] und in Lehengericht 63 St. [25%] erhielt, mit dem Wortspiel „Für Protest waren die (protestantischen) Schwarzwälder durchaus zu gewinnen“, adäquat beurteilt ist,⁶⁶ erscheint ebenfalls fraglich. „Protest“-Hintergründe waren immerhin: Das Krisenjahr 1923 mit Hyperinflation, Entwertung der Vermögen sowie der französischen Besetzung der Ruhr und von Teilen der Ortenau. Dennoch konnten die Nazis sich hier nicht festsetzen: Vier Jahre später waren sie auf 6 Wähler geschrumpft, in Lehengericht auf 0. Wohl war die Reichs-

banner-Gründung 1926 die Antwort der hiesigen Republikaner auf dieses erste Aufflackern rechtsextremer Demokratiefreundschaft.

Wendepunkt waren die „Erbitterungswahlen“ zum Reichstag 1930, deren disparates Ergebnis im Gefolge der Großen Depression sich auch hier niederschlug: Zwar blieb die SPD mit 374 St. [31,7%] stärkste Partei, doch in Konkurrenz von links durch die KPD [72 St./6,1%]. Erhebliche Rückgänge gab es für die Liberalen [124 St./10,5%] und die DNVP [6 St./0,5%]. Dies zu Gunsten des Evangelischen Volksdiensts [211 St./17,9%] sowie der NSDAP [252 St./22,2%], das Zentrum war stabil [53 St./4,5%]). Das Anwachsen der Extreme setzte sich jedoch fort [Novemberwahlen 1932: KPD: 169 St.; NSDAP: 325 St.], freilich nicht ohne kämpferische Gegnerschaft: Schon 1928 hatten Demokraten, geführt von Gottlieb Trautwein, die erste hiesige Versammlung der NSDAP gesprengt. 1930 organisierte er mehrere Veranstaltungen mit DDP-Rednern, so zum Thema „Volksverhetzung“. Auch trat er bei den Nazis als Diskussionsredner auf, „stellte sich“, doch musste er feststellen, dass „das Bürgertum vollständig kopflos gemacht wurde durch die Herren Nationalsozialisten“.⁶⁷

Deren „grenzenlose, ins Gemeinste gehende Art“ traf auch ihn: Die SA schickte Drohungen, doch sah er auch das durch die Krise „vollständig zermürbte Volk“ und „in erschreckender Weise die Armut des Mittelständlers, der keinen Unterschied mehr zwischen Sozialismus, Nationalsozialismus und der heu-

tigen Regierung sieht“. Dennoch wollte er „am Glauben der Demokratie mit allen Mitteln“ festhalten und bot alles auf, um Hitler 1932 als Reichspräsident zu verhindern: Vorstand im „Hindenburgausschuss“, Kundgebung für dessen Wiederwahl, „aktive Wahlarbeit“, mit dem Ergebnis, dass Hitler im zweiten Wahlgang hier mit 389 weit hinter den 731 St. für Hindenburg blieb. Sodann: Vorsitz der „Eisernen Front“ und Sammlung aller republikanischen Organisationen vor Ort (SPD, DDP, Reichsbanner, Radfahrverein, Gesellenverein) zu Gunsten der wankenden Republik.⁶⁸

Schlussendlich lag es nicht an den vielen, die für sie kämpften, sondern an der Staatsspitze unter Reichspräsident von Hindenburg, der sie am 20.7.1932 („Preußenschlag“) und am 30.1.1933 („Machtübertragung“) ihren ärgsten Feinden auslieferte. Dagegen war auch das Reichsbanner machtlos: Aufgestellt als Hilfstruppe gegen Putschversuche von links oder rechts, sah es sich mit Staatsstreichen „von oben“ konfrontiert. Nun hätte es gegen legale Regierungen und deren Machtmittel (Polizei, Reichswehr) antreten müssen, was seine Führer zu Recht verweigerten.⁶⁹

Noch am 5.3.1933 setzten die Demokraten auf die Macht des Wahlzettels „für die deutsche Republik“, die jedoch auch in Schiltach, bei 90%iger Wahlbeteiligung, verlor: 514 St. für die NSDAP [40,6%] gegenüber 314 für die SPD [24,8%] und 136 für die KPD [10,7%] – beide hatten, obwohl behindert bzw. verboten, nochmals zugelegt. Das Zentrum erreichte mit 73 St. [5,7%] seinen Spitzenwert, dagegen verloren Ev. Volksdienst [124 St./9,7%], DDP (40 St./3,1%), DVP (19 St./1,5%) und DNVP (40 St./3,1%). Dass die NSDAP hier gegenüber dem Reich 3,3% weniger bekam, war ein schwacher Trost. Gottlieb Trautwein konnte nur noch notieren, dass „das deutsche Volk [...] vielleicht bald einsehen wird, daß die Freiheiten demokratischer Regierungen nicht wieder einbringbar sind“, „innigst“ wünschend, dass es „einst für eine Demokratie reifer ist, als es in den letzten 14 Jahren war, und uns Führer gegeben werden, die uns das hehre Gut der Demokratie unverfälscht erhalten“.⁷⁰

„Die Republik musste nicht scheitern“, insofern ist Morgenstern zuzustimmen, vor allem nicht, wenn sie auch „anderswo“ solch „aktive Unterstützer“ wie in Schiltach gehabt hätte.⁷¹ Je-

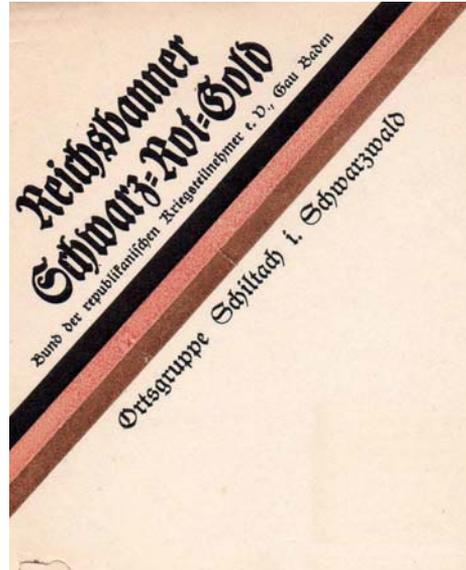


Abb. 11: Briefkopf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. – Sammlg. Harter/StA Schiltach

denfalls war es die hiesige Erfahrung, vermittelt von Gottlieb Trautwein, einem der engagiertesten aus ihren Reihen, dass nicht „die Republik ohne Republikaner“ war, sondern diese „ohne Republik“⁷² dastanden. So verstand er nicht, dass in NS-Versammlungen „alle Parteien in der gemeinsten Art im Kot herumgezogen wurden“, dass ihre Redner „öffentlich erklären konnten, dass bei ihrem Sieg alle Angehörigen der anderen Parteien aufgehängt werden. Und dabei sitzt als Bild eines kraftvollen republikanischen Staates der Kriminalbeamte der Regierung, schreibt sich alles schön auf, und dann versinkt die Notiz in den Schränken der republikanischen Bürokratie“.⁷³ Mit solchen Demokraten – des Worts wie der Tat – kann das Städtchen Schiltach durchaus als „Beispiel“ gelten – im positiven Sinn.

Anmerkungen

- 1 Andreas Morgenstern: Kriegsende und Neubeginn in der „Provinz“ 1917–1919: Das Beispiel Schiltach, in: Die Ortenau 98 (2018), 35–56 (künftig: Morgenstern). – Ders.: Revolutionäre Jahre auf dem Land. Ein Blick in die Schwarzwaldgemeinde Schiltach 1917–1919, in: Demokratie in unruhigen Zeiten. Festschrift für Eckhard Jesse, hg. von Sebastian Liebold u. a., Baden-Baden 2018, 75–86.
- 2 Stadtarchiv Schiltach (künftig: StAS) AS-1886.
- 3 „Blieb das Leiden und Sterben merkwürdig fern“, Morgenstern, 41, wie wenn der Weltkrieg an den hiesigen Menschen vorbeigegangen wäre, vgl. dagegen: Hans Harter: „O Deutschland vergiß nie Deine toten Helden!“ – Kriegserfahrung und Kriegsverarbeitung in Schiltach 1914–1925, in: Die Ortenau 94 (2014), 309–342, hier 311–328. – Der Geschützdonner aus dem Elsass war bis ins obere Kinzigtal zu hören und löste permanent Ängste aus.
- 4 Morgenstern, 35, 53f.
- 5 Frühester Nachweis aus einer Rechnung vom 5.12.1918: StAS: AS-1886. – Abbildung bei Morgenstern, 50.
- 6 Vgl. Markus Schmidgall: Die Revolution von 1918/19 in Baden, Karlsruhe 2012, 109f.
- 7 Hans-Joachim Losch: Schramberg in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1939), in: Schramberg. Adels Herrschaft – Marktflecken – Industriestadt, Schramberg 2004, 219–230, hier 219.
- 8 Der Vorgang ist Morgenstern, 35, nicht bekannt. – Vgl. Hans Harter: „Das Bürgertum fehlt und überläßt dem Arbeiter den Schutz der Republik“. Die Ortsgruppe Schiltach des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Die Ortenau 72 (1992), 271–302, hier 278 mit Anm. 38. – Vgl. Hans Harter: Der Kampf des Proletariats trug seine guten Früchte. – Die Anfänge der Schiltacher SPD, in: http://www.geschichte-schiltach.de/files/2019-08-10_Hans_Harter_Die_Anfaenge_der_Schiltacher_SPD.pdf
- 9 Nach Schmidgall, Revolution, 167, nannten sich die Arbeiterräte ab Dezember 1918 „Volksräte“.
- 10 Im Haus von Volksratsmitglied H. Mehnert, Bachstraße 19: StAS: AS-1886, Rechnung vom 15.5.1919.
- 11 Ebd., vom 16.12.1918. – Für Morgenstern, 50, geht es um „zusätzliche Gemeinderats-Mandate“.
- 12 Vgl. Schmidgall, Revolution, 167–175. – Die gesammelten „Mitteilungsblätter“ finden sich im Staatsarchiv Freiburg unter W 307 Nr. 66. – Hinweis von Dr. Helmut Horn, Schiltach.
- 13 Vgl. Klaus Schönhoven: Die republikanische Revolution 1918/19 in Baden und in Württemberg, in: Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, hg. von Hans-Georg Wehling und Angelika Hauser-Hauswirth, Stuttgart u. a. 1998, 99–117, hier 104; vgl. ebd., 102, 112.

- 14 StAS AS-1886: Abrechnung der Unkosten vom 12.1.1919. – Wohl war er beim „Delegiertentag der oberbadischen A. und S.-Räte“ am 29.11.1918 in Freiburg.
- 15 Freiburger Zeitung vom 3.12.1918, 2. Abendausgabe (Freiburger historische Bestände – digital).
- 16 So Morgenstern, 49f. – Ebd. die Abbildung des Schreibens.
- 17 Die zwölf Mitglieder des Schiltacher Volksrats (ebd., 50) waren Werkmeister oder Arbeiter in der Industrie, in Sägewerken oder städtische „Tagelöhner“ und SPD-Mitglieder, einige waren bereits älter (Jg. 1860, 1862, 1873).
- 18 Dagegen kritisiert Morgenstern, 50, dass die „Beisitzer“ nicht als „Gemeinderäte“ bezeichnet wurden und „der Volksrat sich auf die Bitte der Information beschränkte“.
- 19 StAS: AS-1886.
- 20 Morgenstern, 47, 49f. – StAS: AS-1886: „Namens-Verzeichnis der Volkswehr“. – Dazu ist ein Beitrag von Dr. Helmut Horn, Schiltach, zu erwarten.
- 21 Karl Volk: Vorkriegszeit und Erster Weltkrieg im Spiegel der Briefe und Postkarten von Zivilisten und Soldaten, in: Die Ortenau 98 (2018), 17–34, hier 29, 19.
- 22 Von Morgenstern, 42, nicht erwähnt. – Vgl. Der Kinzigtäler vom 4.2.1919 (StA Wolfach, künftig: DK).
- 23 1911 gewählt von 168 der 309 Wähler [54,3%]: DK vom 14.10.1911.
- 24 Schönhoven, Revolution, 107.
- 25 Morgenstern, 50: „Die Bildung des Rats zeugt aber nicht von einer revolutionären Stimmung.“
- 26 Ebd., 53.
- 27 Ebd., 49f.
- 28 Ebd., 47, 52.
- 29 StAS: AS-1886, Schreiben des Vereins selbständiger Kaufleute, Ortsgruppe Schiltach, vom 20.5.1920.
- 30 Morgenstern, 49f., 53f. – Widersprüchlich ist die Aussage, dass den Räten „mehr an der gerechteren Verteilung der Besitzverhältnisse als an dauerhafter politischer Macht lag“ (ebd., 50).
- 31 Vgl. Eberhard Kolb: 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, hg. von Carola Stern und Heinrich August Winkler, Frankfurt am Main 1994, 99–125.
- 32 Morgenstern, 53.
- 33 Ebd., 45, 50, 53f. – Statt etwas abwertend von „Provinz“ spricht Schönhoven, Revolution, 101f., von „stadtfernen Regionen“ oder „ländlicher Peripherie“. – Morgenstern, 35, auch: „ländlicher Raum“.
- 34 Hans Grohe war eine Metalldruckerei, kein „Klempnerbetrieb“ (so: Morgenstern, 35).
- 35 Joachim Scholtyseck: Offenburg in den Jahren der Weimarer Republik, in: Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur, hg. von Klaus Eisele und Joachim Scholtyseck, Konstanz 2004, 21–102, hier 34, 37.
- 36 DK vom 23.8.1919. – Vgl. http://www.geschichte-schiltach.de/files/2014-02-08_KB_Ereignisse_Schicksale_Heidelbeerkrieg.pdf
- 37 Schönhoven, Revolution, 102.
- 38 DK vom 25.11.1918.
- 39 Morgenstern, 46.
- 40 DK vom 14.5. und 21.5.1919. – Diese Vorgänge kennt Morgenstern, 52, nicht. – Zu korrigieren sind ebd. die Namen folgender Schiltacher Gemeinderäte: Statt „Wilhelm Wolber“: Christian Wolber (1883–1943, SPD, Wirt zum Haist); statt „Georg Aurely“ (!): Georg Müller, Bauunternehmer (1879–1931).
- 41 DK vom 1.7.1919. – Vgl. Hans Harter: Daten – Ereignisse – Episoden – Berichte, in: Lehengericht, Bd. 1: Aus der Geschichte, hg. von der Stadt Schiltach, Schiltach 2017, 8–223, hier 121.
- 42 Morgenstern, 52.
- 43 Der „Kompromiss“ wurde in vielen Gemeinden gehandhabt, um sie, wie es aus Gutach heißt, „von einem Wahlkampf in dieser unruhigen Zeit zu verschonen“: DK vom 12.5.1919. So u.a. auch in Triberg, Wolfach, Haslach, Schenkenzell, Bergzell, Bonndorf, Waldshut, Fischerbach. Im Amtsbezirk Wolfach erfolgte die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten ebenfalls nach diesem Modell, vgl. ebd., passim. – Die Rechtsgrundlage dafür war die „Wahl ohne Stimmab-

- gabe“, die Morgenstern, 52, nicht erwähnt: Badisches Gesetzes- und Ordnungsblatt Jg. 1919: Gemeindevahlordnung vom 14.3.1919, S. 212–229, hier S. 221 (§ 28), S. 225 (§ 44); Städtewahlverordnung vom 14.3.1919, S. 229–244, hier S. 233 (§ 14), S. 240 (§ 39), in: Badische Landesbibliothek-digital (urn:nbn:de:bsz:31-33161). – Hinweis von Dr. Helmut Horn, Schiltach.
- 44 Morgenstern, 52.
- 45 DK vom 1.7.1919.
- 46 Morgenstern, 52.
- 47 DK vom 27.12.1918. – Referent war der Landtagsabgeordnete Muser.
- 48 Vgl. Hans Harter: Gottlieb Trautwein (1892–1953). Ein Schiltacher Liberaler und kämpferischer Demokrat, in: Die Ortenau 68 (1988), 303–347, hier 305 f. – Vgl. zu Fritz Karlin: Peter Brand: Die Industrialisierung in Lehengericht, in: Lehengericht 1, 282–297, hier 284–287. – Die DDP wird von Morgenstern nicht erwähnt.
- 49 Alle Wahlergebnisse nach den jeweiligen Ausgaben des „Kinzigtäler“ (StA Wolfach).
- 50 DK vom 31.12.1918.
- 51 Morgenstern, 51.
- 52 Ebd., 51. – Ebd., 45 wird auch die Nichtvertretung der „Provinz“ in der „badischen Übergangsregierung“ beklagt. – Vgl. aber: Wolfgang Hug: Die Geschichte Badens, Stuttgart 2016, 156: „Das Kabinett war partei- und regionalpolitisch höchst ausgewogen, schaffte Vertrauen und integrierte die divergierenden Interessen.“
- 53 DK vom 10.1.1919 bzw. 13.1.1919.
- 54 DK vom 7.3.1919 bzw. 11.3.1919. – Referent war „Dr. Butz-Karlsruhe“.
- 55 Harter, Gottlieb Trautwein, 306. – Trautwein wird von Morgenstern nicht erwähnt.
- 56 DK vom 30.12.1918. – Referent war „Nationalratskandidat Dürr aus Lahr“.
- 57 DK vom 11.1.1919. – Redner: Der [badische] „Nationalratsabgeordnete Prof. Dr. Königsberger aus Freiburg“.
- 58 Vgl. Schiltach. Schwarzwaldstadt im Kinzigtal, hg. von der Stadt Schiltach, Freiburg 1980, 362 f.
- 59 Vgl. Harter, Reichsbanner, 278, 285, 293.
- 60 StAS: AS-2055a. – Digitalisat unter: StAS. – Das Reichsbanner wird von Morgenstern nicht erwähnt.
- 61 Morgenstern, 54.
- 62 Ebd., 45. – An anderer Stelle spricht er von „wertvollen Aufgaben in der Gestaltung des Übergangs zur Demokratie auf Gemeindeebene“ (ebd., 50).
- 63 Ebd., 51.
- 64 DK vom 13.4.1919.
- 65 Das Reichsbanner bestand vor allem in größeren Städten (Harter, Reichsbanner, 271). – Vgl. zu Hornberg: Hubert Ziegler: Trotz Widerstand kam die Diktatur, in: Schwarzwälder Bote, Ausg. Kinzigtal, vom 10.12.2013.
- 66 Morgenstern, 54.
- 67 Harter, Gottlieb Trautwein, 310.
- 68 Vgl. ebd., 311–318.
- 69 Vgl. Harter, Reichsbanner, 273–275.
- 70 Harter, Gottlieb Trautwein, 317, 319 f.
- 71 Zu Lehengericht: Hans Harter: Wie Lehengericht nationalsozialistisch wurde, in: Lehengericht 1, 136–140.
- 72 Vgl. Carl von Ossietzky: Deutsche Linke, in: Das Tage-Buch vom 20. September 1924, 1323: „Man spricht häufig von der Republik ohne Republikaner. Es liegt leider umgekehrt: die Republikaner sind ohne Republik.“
- 73 StAS: fra 169: Brief vom 21.9.1930. – Vgl. Harter, Gottlieb Trautwein, 312.